

Kommentar

Verantwortung muss geklärt werden

Von unserem Redaktionsmitglied CHRISTOPH ACKFELD

Es riecht nach einem Schildbürgerstreich. Jahrelang planen Experten von zwei Büros sowie Mitarbeiter von Stadt und Land an der Verler Ortsdurchfahrt. Tausende Punkte werden beachtet. Nur der Standort der Straßenbeleuchtung gerät irgendwann aus dem Blick. Zugunsten des einheitlichen Erscheinungsbilds ist die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern vernachlässigt worden.

Das Thema ist komplex, der Umbau des Verler Zentrums eine Mammutaufgabe. Kompromisse sind in der Planungsphase und während der Bauarbeiten üblich. Leitungen liegen zum Beispiel nicht dort, wo sie sollen. Ein Umlegen kostet Geld und Zeit. Nur setzt das die Straßenverkehrsordnung nicht außer Kraft. Es sind Fehler gemacht worden. Wer hat die Entscheidung getroffen, die Laternen an der Gütersloher Straße dorthin zu setzen, wo sie heute stehen? Diese Frage muss beantwortet werden. Das ist ebenso wichtig wie eine Lösung des Problems. Nicht nur, um zu klären, wer die zusätzlichen Kosten für den Umbau trägt. Sondern auch, um aus Fehlern zu lernen.

Zitate

„Wir haben eine Aufklärungspflicht. Im Bund und im Land gäbe es für so einen Skandal einen Untersuchungsausschuss.“

Dr. Egbert Daum (Grüne).

„Nicht alles, was gesagt wurde, ist absolut richtig. Aber auch nicht ganz falsch. Wir sind in der Aufklärung des Sachverhalts.“

Thorsten Herbst, Beigeordneter, zu den Vorwürfen der Grünen. Er plädiert für eine Versachlichung des Problems.



Knapp bemessen ist der Platz für Fahrradfahrer auf dem Geh- und Radweg entlang der Gütersloher Straße. 2,50 Meter sind eigentlich Pflicht. Am Abzweig Amselweg stehen aber nur 1,35 Meter zur Verfügung, weil die Laterne mitten auf dem Weg steht. Die Stadt will nachbessern. Weitere Bauarbeiten wären notwendig.

Bilder: Ackfeld (2)/Steinecke

„Das macht den Fall so brisant“

Von unserem Redaktionsmitglied CHRISTOPH ACKFELD

Verl (gl). Dieses Projekt hat Millionen gekostet. Schick ist die Verler Ortsdurchfahrt geworden. Nun gibt es den Verdacht, dass dabei das Thema Sicherheit vernachlässigt worden ist. Die Grünen sprechen von einem Skandal. Es geht um die Platzierung der Straßenlaternen mitten auf dem Gehweg („Die Glocke“ berichtete mehrfach).

Mittlerweile ist klar, dass es frühzeitig Einwände gegen diese Platzierung der Laternen gegeben hat. Im Juni 2014 war ein Sicherheitsaudit durchgeführt worden. Im Ergebnis heißt es: „Die geplanten Standorte der Straßenlaternen würden zu drastischen Reduzierungen der Geh- und

Radwegbreiten führen.“ Der Einwand der unabhängigen Experten, die formal beim Landesbetrieb Straßen NRW angesiedelt sind, wurde aber ignoriert.

Und zwar von der Stadtverwaltung, dem Landesbetrieb Straßen NRW, dem Büro BSV aus Aachen und den Planern vom Club L 94 aus Köln. „Sie haben es gewusst. Und das macht den Fall so brisant. Es stellt sich die Frage, wer verantwortlich ist. Einer muss gesagt haben: Augen zu und durch“, sagte Dr. Egbert Daum (Grüne) am Dienstagabend im Straßen-, Wege- und Verkehrsausschuss. Wer genau die Verantwortung trägt, wird noch einmal spannend, wenn es um die Frage geht, wer die Kosten für eine Umsetzung der Laternen übernimmt.

Die Verwaltung will diese Frage erst in einem zweiten Schritt –

nach einer eventuellen Umsetzung der Laternen – klären. Die Planer positionieren sich aber schon. So hat das Büro BSV Stellung genommen zu dem Thema. Geschäftsführer Axel Springsfeld schreibt in einer E-Mail, die am Dienstag im Verkehrsausschuss öffentlich gemacht wurde, dass eine weitere unnötige Einengung des gemeinsamen Geh- und Radwegs durch das Aufstellen der Straßenbeleuchtungsmasten aus verkehrlicher Sicht nicht zu rechtfertigen sei. Alternativ hätte man die Laternen auch direkt am Fahrbahnrand oder an der Grundstücksgrenze aufstellen können.

Die Planer vom Club L 94 sehen die Sache so: „Um ein einheitliches Straßenbild zu erzielen, findet sich in Abstimmung mit der Stadt Verl das Abstandsmaß von

1,05 Metern zwischen Mitte der Ausstattungselemente und der Vorderkante in der gesamten Ortsdurchfahrt wieder.“ Das bedeutet: Damit es schick aussieht, ist zwischen Fahrbahn und Laternen sowie Bäumen immer etwas mehr als ein Meter Platz gelassen worden. Für Bäume ist dieser Abstand Pflicht, für Laternen hätte 50 Zentimeter zur Fahrbahn gereicht. Das alles ist dann unproblematisch, wenn der Weg insgesamt breit genug ist. Vor allem im Bereich der Gütersloher Straße wird das aber zum Problem. Am Abzweig Amselweg stehen zum Beispiel nur 1,35 Meter zur Verfügung. Das Büro Club L 94 schlägt vor, die Lampen nun an den Fahrbahnrand zu versetzen, da wegen des vorhandenen Baumbestands an den Grundstücksgrenzen kein Platz sei.

Stadt sucht nach Lösungen

Verl (ack). „Die Lampen sind dort vorsätzlich aufgestellt worden. Sie waren vorher nicht da. Ich möchte die Versicherung sehen, die zahlt, wenn es sich um Vorsatz handelt“, sagte Dr. Egbert Daum von den Grünen. Er befürchtet, dass die Stadt nach Unfällen wegen des zu engen Geh- und Radwegs haften muss. Die Grünen hatten mit ihrem Antrag im April den Stein ins Rollen gebracht. Und es bewegt sich einiges. So hat die Stadt bei der GVV Kommunalversicherung eine Stellungnahme eingeholt. Die GVV schreibt zwar, dass die Stadt für den Fall eines Schadens Deckungsschutz im Rahmen der Allgemeinen Haftpflicht genieße, stellt aber auch klar, dass „die Platzierung der Verkehrsschilder und Straßenbäume äußerst ungünstig gewählt worden ist“.

Für Egbert Daum ist der Fall klar: „Es wurde das Ziel verfolgt,

ein einheitliches Bild zu schaffen. Die Sicherheit der Radfahrer fiel dem zum Opfer.“ Die Stadt wird deshalb dieses Problem noch länger beschäftigen. Und zwar auf zwei Ebenen. Einerseits soll nun geklärt werden, wie die Straßenlaternen entlang der Gütersloher und Paderborner Straße so aufgestellt werden können, dass von ihnen keine Gefahr ausgeht. Und dann muss entschieden werden, wer für die Mehrkosten aufkommt.

Vor allem die Grünen machen Druck und verlangen nach Antworten, die die Verwaltung in den nächsten Wochen geben will. Der Vorschlag des Beigeordneten Thorsten Herbst, einerseits zügig eine Umsetzung der Lampen zwischen Amselweg und Finkenweg an der Gütersloher Straße zu prüfen und andererseits die gesamte Ortsdurchfahrt in den Blick zu nehmen, wurde einstimmig ange-

nommen. Ein Bestandsplan für die gesamte Straße soll erstellt werden, Engstellen ermittelt und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Auch kommt die Benutzungspflicht für Radfahrer auf den Prüfstand. „Eine Radwegbenutzungspflicht darf nur angeordnet werden, wenn Bedingungen erfüllt werden“, sagte Dr. Egbert Daum. Dazu gehöre ein hindernisfreier Radweg. Kurzfristig ändern wird sich an der Benutzungspflicht des Radwegs im Zentrum aber nichts. „Sie ist rechtlich zulässig“, sagt Werner Landwehr, Leiter des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung. Der Landesbetrieb Straßen NRW und die Polizei hätten keine Bedenken geäußert. „Für den Moment kann der Radweg bleiben, wie er ist. Wir sind aber aufgefordert, zu handeln“, stellte Thorsten Herbst klar.



Verspricht Aufklärung: der Beigeordnete Thorsten Herbst.



Deutliche Kritik übt Dr. Egbert Daum von den Grünen.